



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

# Universitätsbibliothek Paderborn

## Gedanken und Erinnerungen

**Bismarck, Otto von**

**Stuttgart, 1905**

IV. Die Annahme des Kaisertitels durch den König bei Erweiterung des Norddeutschen Bundes ein politisches Bedürfnis.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-47477](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-47477)

Moltke's, die Frau des Generalstabschefs, spätern Feldmarschalls Grafen Blumenthal, und die Frau des demnächst maßgebenden Generalstabsoffiziers von Gottberg waren sämmtlich Engländerinnen.

Die Gründe der Verzögerung des Angriffs auf Paris, über die die Wissenden Schweigen beobachtet hatten, sind durch die in der „Deutschen Revue“ von 1891 erfolgten Veröffentlichungen aus den Papieren des Grafen Roon<sup>1)</sup> Gegenstand publicistischer Erörterung geworden. Alle gegen die Darstellung Roon's gerichteten Ausführungen umgehen die Berliner Einflüsse und die englischen, auch die Thatfache, daß 800, nach Andern 1500 Axen mit Lebensmitteln für die Pariser wochenlang festlagen; und alle, mit Ausnahme eines anonymen Zeitungsartikels, umgehen ebenso die Frage, ob die Heeresleitung rechtzeitig für die Herbeischaffung von Belagrungegeschütz Sorge getragen habe. Ich habe keinen Anlaß gefunden, an meinen vorstehenden, vor dem Erscheinen der betreffenden Nummern der „Deutschen Revue“ gemachten Aufzeichnungen irgend etwas zu ändern.

#### IV.

Die Annahme des Kaisertitels durch den König bei Erweiterung des Norddeutschen Bundes war ein politisches Bedürfnis, weil er in den Erinnerungen aus Zeiten, da er rechtlich mehr, factisch weniger als heut zu bedeuten hatte, ein werbendes Element für Einheit und Centralisation bildete; und ich war überzeugt, daß der festigende Druck auf unsre Reichsinstitutionen um so nachhaltiger sein müßte, je mehr der preussische Träger desselben das gefährliche, aber der deutschen Vorgeschichte innelebende Bestreben vermiede, den andern Dynastien die Ueberlegenheit der eignen unter die Augen zu rücken. König Wilhelm I. war nicht frei von der Neigung dazu, und sein Widerstreben gegen den Titel war nicht ohne Zusammenhang mit dem Bedürfnisse, grade das überlegne Ansehn

<sup>1)</sup> Ausgabe in Buchform: Roon's Denkwürdigkeiten, III<sup>4</sup> 243 ff.

der angestammten preussischen Krone mehr als das des Kaisertitels zur Anerkennung zu bringen. Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragnen modernen Amtes, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war, den Großen Kurfürsten bedrückt hatte. Bei den ersten Erörterungen sagte er: „Was soll mir der Charakter-Major?“ worauf ich u. A. erwiderte: „Ew. Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, ‚das Präsidium‘? In dem Ausdrucke ‚Präsidium‘ liegt eine Abstraction, in dem Worte ‚Kaiser‘ eine große Schwungkraft“<sup>1)</sup>.

Auch bei dem Kronprinzen habe ich für mein Streben, den Kaisertitel herzustellen, welches nicht einer preussisch-dynastischen Eitelkeit, sondern allein dem Glauben an seine Nützlichkeit für Förderung der nationalen Einheit entsprang<sup>2)</sup>, im Anfange (bei<sup>3)</sup> der günstigen Wendung des Kriegs nicht immer Anklang gefunden. Seine Königliche Hoheit hatte von irgend einem der politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbschaft des von Karl dem Großen wiedererweckten „römischen“ Kaiserthums sei das Unglück Deutschlands gewesen, ein ausländischer, für die Nation ungesunder Gedanke. So nachweisbar letzteres auch geschichtlich sein mag, so unpraktisch war die Bürgschaft gegen analoge Gefahren, welche des Prinzen Rathgeber<sup>4)</sup> in dem Titel „König“ der Deutschen sahn. Es lag heut zu Tage keine Gefahr vor, daß der Titel, welcher allein in der Erinnerung des Volks lebt, dazu beitragen würde, die Kräfte Deutschlands den

<sup>1)</sup> S. o. S. 77.

<sup>2)</sup> Vgl. über Bismarck's Ansicht von der praktischen Bedeutung des Kaisertitels besonders Wilmsowski, Meine Erinnerungen an Bismarck. Breslau, G. Tremendt, 1900. S. 118 ff.

<sup>3)</sup> Die Präposition „bei“ scheint bei Umschrift des Textes ausgefallen zu sein. Da der Krieg gegen Frankreich vom ersten Tage an günstig für Deutschland verlief, kann von einem Anfang der günstigen Wendung des Kriegs nicht gesprochen werden. Bismarck aber unterscheidet genau zwei Phasen der Unterhandlungen mit dem Kronprinzen, die eine Anfang September, die andere später in Versailles.

<sup>4)</sup> Hauptsächlich Gustav Freytag.

eigenen Interessen zu entfremden und dem transalpinen Ehrgeiz bis nach Apulien hin dienstbar zu machen. Das aus einer irrigen Vorstellung entspringende Verlangen, das der Prinz gegen mich aussprach, war nach meinem Eindrucke ein völlig ernstes und geschäftliches, dessen Inangriffnahme durch mich gewünscht wurde. Mein Einwand, anknüpfend an die Coexistenz der Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg mit dem intendirten Könige in Germanien oder Könige der Deutschen führte zu meiner Ueberaschung auf die weitre Consequenz, daß die genannten Dynastien aufhören müßten, den Königstitel zu führen, um wieder den herzoglichen anzunehmen. Ich sprach die Ueberzeugung aus, daß sie sich dazu gutwillig nicht versthän würden<sup>1)</sup>. Wollte man dagegen Gewalt anwenden,

<sup>1)</sup> Im Entwurf schließen sich daran folgende nachträglich gestrichene Sätze an: „Der Kronprinz gab das zu, wollte sich aber daran nicht kehren, sondern eintretenden Falls Zwang geübt wissen. Besprechungen dieses Themas fanden zwischen uns zweimal statt, einmal zu Pferde vor, und einmal im Zimmer nach Sedan; zu beiden Zeiten war unser Sieg noch nicht unter Dach, und ich knüpfte deshalb meine Gegenäußerungen an das nächstliegende und dem Prinzen eingänglichste militärische Element, indem ich darauf hinwies, daß die Widerstandskraft Frankreichs nicht in dem Maße gebrochen sei, daß ein unsrer Erfolge würdiger Friede sicher stehe; wenn wir jetzt die Situation herbeiführten, in Hoffnung auf welche Napoleon den Krieg begonnen habe, nämlich den Bruch zwischen Preußen und den deutschen Bundesgenossen, so würde die Aussicht auf einen befriedigenden Abschluß des Kriegs wesentlich geringer; die verbündeten Fürsten würden der Zumuthung gegenüber, welche ihm vorschwebte, möglicher Weise ihre Truppen zurückrufen und bei denselben Gehorsam finden.“

Sachlich ist dazu zu bemerken: Nach dem sonst vorliegenden Quellenmaterial — namentlich dem Immediatberichte des Fürsten Bismarck vom 23. Sept. 1888, dem Briefe des Fürsten an Ottokar Lorenz vom 7. Nov. 1896 (vgl. Ottokar Lorenz, Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs. Jena, Gustav Fischer, 1902. S. 617), sowie den Tagebüchern des Kronprinzen und des Cabinetsraths Abeken — fanden zwischen dem Kronprinzen und dem Grafen Bismarck zwei eingehende Besprechungen statt über die Neugestaltung Deutschlands, die Behandlung der süddeutschen Bundesgenossen, sowie auch über den Titel des neu zu wählenden Oberhauptes, ob „Kaiser“ oder „König“, nämlich am 3. Sept. 1870 zu Donchery im Quartier des Kronprinzen

so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergessen und eine Saat von Mißtraun und Haß austreuen<sup>1)</sup>.

und vorher auf einem mehrstündigen Ritt, „wahrscheinlich bei Beaumont oder bei Sedan“. Dieser mehrstündige Ritt beider Herren hat aber weder bei Beaumont noch vorher stattgefunden, sondern am Nachmittag des 2. September, als sie im Gefolge des Königs die Schlachtfelder von Sedan beritten. Im Texte ist also zu lesen: Besprechungen dieses Themas fanden zwischen uns zweimal statt, einmal zu Pferde und einmal im Zimmer, nach Sedan. Die zweite erwähnt übrigens Bismarck im Briefe an die Gattin vom 6. Sept. 1870: „Mit dem Kronprinzen hatte ich eine mich sehr befriedigende Unterredung in Donchery“, Bismarck's Briefe an seine Gattin aus dem Kriege 1870/71 S. 39. Daraus und aus dem Briefe an D. Lorenz geht hervor, daß die scharfe Auseinandersetzung, von der die Gedanken und Erinnerungen berichten, auf jenem mehrstündigen Ritte erfolgte, während zu Donchery die Tags vorher unerledigt gebliebene Meinungsverschiedenheit befriedigend ausgeglichen wurde. Auch die von D. Lorenz aus seiner Unterredung mit Bismarck (am 14. Oct. 1889) bezugte Aeußerung, das Gespräch zwischen dem Kronprinzen und ihm habe stattgefunden, als sie zusammen über eine Wiese ritten; sie hätten sich so in Eifer geredet, daß der Kronprinz die Führung des Pferdes verloren und Bismarck bei der Unsicherheit des Terrains — einer durch Abzugsgräben durchzogenen Wiese — sich gedrungen gefühlt habe, den Kronprinz zur Vorsicht zu mahnen (D. Lorenz a. a. D. S. 619) — stimmt durchaus mit meiner auf die Quellen gestützten Auffassung zusammen. Das von Abzugsgräben durchzogene Wiesengelände findet sich bei Floing und wurde beim Ritte über das Schlachtfeld berührt, ebenso wie die von Busch erwähnte Pappelallee bei Donchery. — Man vgl. auch die auf Fürst H. Bismarck's Informationen zurückgehenden Mittheilungen in den Hamb. Nachrichten vom 7. Aug. 1902 (Nr. 184): Der Kronprinz, Fürst Bismarck und die Kaiserfrage.

<sup>1)</sup> Daran schließen sich in dem Entwurf die nachträglich gestrichenen Sätze: „Die Erinnerung an die Sendlinger Mordweihnacht (1705) stehe heut noch wie ein Gespenst zwischen Bayern und Oestreich; wir Brandenburger sollten nicht vergessen, daß vor nicht viel unter tausend Jahren der Markgraf Gero dreißig wendische Fürsten zu Gaste lud und ermorden ließ, und daß infolge dessen die Deutschen auf zweihundert Jahre aus dem Gebiete, in dem sie Fuß gefaßt hatten, hinausgeworfen wurden. Zu solchen Praktiken könne ein Edelmann nicht die Hand bieten.“ — Die That des Markgrafen Gero, der 30 wendische Fürsten beim Mahle überfiel und tödtete, berichtet Widukind, Res gestae Saxonicae II 20; daß er sie selbst in treulofer Weise zum Mahle geladen habe, sagt Widukind nicht ausdrücklich. Ueber die Sendlinger Mordweihnacht

In dem Geffcken'schen Tagebuche<sup>1)</sup> findet sich die Andeutung, daß wir unsre Stärke nicht gekannt hätten; die Anwendung dieser Stärke in damaliger Gegenwart wäre die Schwäche der Zukunft Deutschlands geworden. Das Tagebuch ist wohl nicht damals auf den Tag geschrieben, sondern später mit Wendungen vervollständigt worden, durch die höfische Streber den Inhalt glaublich zu machen suchten. Ich habe meiner Ueberzeugung, daß es gefälscht sei, und meiner Entrüstung über die Intriganten und Ohrenbläser, die sich einer arglosen und edlen Natur wie Kaiser Friedrich aufdrängten, in dem veröffentlichten Immediatberichte<sup>2)</sup> Ausdruck gegeben. Als ich diesen schrieb, hatte ich keine Ahnung davon, daß der Fälscher in der Richtung von Geffcken, dem hanseatischen Welfen, zu suchen sei, den seine Preußenfeindschaft seit Jahren nicht gehindert hatte, sich um die Gunst des preussischen Kronprinzen zu bewerben, um diesen, sein Haus und seinen Staat mit mehr Erfolg schädigen, selbst aber eine Rolle spielen zu können. Geffcken gehörte zu den Strebern, die seit 1866 verbittert waren, weil sie sich und ihre Bedeutung verkannt fanden.

Außer den bairischen Unterhändlern befand sich in Versailles als besondrer Vertrauensmann des Königs Ludwig der ihm als Oberststallmeister persönlich nahestehende Graf Holnstein. Derselbe übernahm auf meine Bitte in dem Augenblick, wo die Kaiserfrage kritisch war und an dem Schweigen Baierns und der Abneigung König Wilhelm's zu scheitern drohte, die Ueberbringung eines Schreibens von mir an seinen Herrn, das ich, um die Beförderung nicht zu verzögern, sofort an einem abgedeckten Tische auf durchschlagendem Papiere und mit widerstrebender Tinte schrieb<sup>3)</sup>. Ich entwickelte darin den Gedanken, daß

(25. Dec. 1705) vgl. Sepp, Der bayrische Bauernkrieg mit den Schlachten bei Sendling und Midenbach. München 1884.

<sup>1)</sup> Zum 16. November, vgl. Kaiser Friedrich's Tagebücher, herausg. von M. v. Poschinger, S. 120.

<sup>2)</sup> Vom 23. Sept. 1888, Bismarckregesten, herausg. v. H. Kohl, II 464.

<sup>3)</sup> S. Bd. I 382 f. Das Concept ist auf durchschlagendem Papier geschrieben.

die bairische Krone die Präsidialrechte, für die die bairische Zustimmung geschäftlich bereits vorlag, dem Könige von Preußen ohne Verstimmung des bairischen Selbstgefühls nicht werde einräumen können; der König von Preußen sei ein Nachbar des Königs von Baiern, und bei der Verschiedenheit der Stammesbeziehungen werde die Kritik über die Concessionen, welche Baiern mache und gemacht habe, schärfer und für die Rivalitäten der deutschen Stämme empfindlicher werden. Preussische Autorität innerhalb der Grenzen Baierns ausgeübt, sei neu und werde die bairische Empfindung verletzen, ein deutscher Kaiser aber sei nicht der im Stamme verschiedene Nachbar Baierns, sondern der Landsmann; meines Erachtens könne der König Ludwig die von ihm der Autorität des Präsidiums bereits gemachten Concessionen schießlicher Weise nur einem deutschen Kaiser, nicht einem Könige von Preußen machen. Dieser Hauptlinie meiner Argumentation hatte ich noch persönliche Argumente hinzugefügt, in Erinnerung an das besondere Wohlwollen, welches die bairische Dynastie zu der Zeit, wo sie in der Mark Brandenburg regirte (Kaiser Ludwig), während mehr als einer Generation meinen Vorfahren bethätigt habe<sup>1)</sup>. Ich hielt dieses argumentum ad hominem einem Monarchen von der Richtung des Königs gegenüber für nützlich, glaube aber, daß die politische und dynastische Würdigung des Unterschieds zwischen kaiserlich deutschen und königlich preussischen Präsidialrechten ent-

<sup>1)</sup> Die persönlichen Argumente fehlen durchaus in dem amtlichen Schreiben vom 27. Nov. 1870. Dagegen scheint aus den Mittheilungen bei v. Poschinger, Fürst Bismarck und die Parlamentarier, Berlin, G. Trewendt, I (2. Aufl.) S. 270 f. hervorzugehen, daß sie in einem zweiten rein privaten Schreiben enthalten gewesen sind, vgl. G. Marcks, Fürst Bismarck's Gedanken und Erinnerungen, Berlin, Gebrüder Paetel, 1899, S. 42 ff. — Daß sie Bismarck auch zu jener Zeit nicht fern lagen, lehrt die Mittheilung der Frau v. Kobell, wonach Bismarck im December 1870 in einem Toaste auf Ludwig II. sagte: „Se. Majestät der König wird an mir, so lange ich lebe, einen so ergebenen Diener finden, als wäre ich noch sein Lehnsträger“ (S. 41). Vgl. auch Busch, Tagebücher, engl. Ausg. I 359.

scheidend in's Gewicht gefallen ist. Der Graf trat seine Reise nach Hohenschwangau binnen zwei Stunden, am 27. November, an und legte sie unter großen Schwierigkeiten und mit häufiger Unterbrechung in vier Tagen zurück. Der König war wegen eines Zahnleidens bettlägrig, lehnte zuerst ab, ihn zu empfangen, nahm ihn aber an, nachdem er vernommen hatte, daß der Graf in meinem Auftrage und mit einem Briefe von mir komme. Er hat darauf im Bette mein Schreiben in Gegenwart des Grafen zweimal sorgfältig durchgelesen, Schreibzeug gefordert und das von mir erbetne und im Concept entworfne Schreiben an den König Wilhelm zu Papier gebracht. Darin war das Hauptargument für den Kaisertitel mit der coercitiven Andeutung wiedergegeben, daß Baiern die zugesagten, aber noch nicht ratificirten Concessionen nur dem deutschen Kaiser, aber nicht dem Könige von Preußen machen könne<sup>1)</sup>. Ich hatte diese Wendung ausdrücklich gewählt, um einen Druck auf die Abneigung meines hohen Herrn gegen den

<sup>1)</sup> Das von Staatsminister Delbrück in der Reichstagsitzung vom 5. December 1870 verlesene, von Bismarck entworfene Schreiben Ludwig's II. an König Wilhelm lautete: „Nach dem Beitritt Süddeutschlands zu dem deutschen Verfassungsbündniß werden die Eurer Majestät übertragenen Präsidialrechte über alle deutschen Staaten sich erstrecken. Ich habe mich zu deren Vereinigung in einer Hand in der Ueberzeugung bereit erklärt, daß dadurch den Gesamtinteressen des deutschen Vaterlandes und seiner verbündeten Fürsten entsprochen werde, zugleich aber in dem Vertrauen, daß die dem Bundespräsidium nach der Verfassung zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der deutschen Kaiserwürde als Rechte bezeichnet werden, welche Eure Majestät im Namen des gesammten deutschen Vaterlandes auf Grund der Einigung seiner Fürsten ausüben. Ich habe mich daher an die deutschen Fürsten mit dem Vorschlage gewendet, gemeinschaftlich mit mir bei Eurer Majestät in Anregung zu bringen, daß die Ausübung der Präsidialrechte des Bundes mit Führung des Titels eines deutschen Kaisers verbunden werde. Sobald mir Eure Majestät und die verbündeten Fürsten Ihre Willensmeinung kundgegeben haben, würde ich meine Regierung beauftragen, das Weitere zur Erzielung der entsprechenden Vereinbarungen einzuleiten.“ Die im Texte erwähnte „coercitive Andeutung“ ist in den Worten enthalten: in dem Vertrauen, daß u. s. w.



Kaisertitel auszuüben. Am siebenten Tage nach seiner Abreise, am 3. December, war Graf Holnstein mit diesem Schreiben des Königs wieder in Versailles; es wurde noch an demselben Tage durch den Prinzen Wittpold, jetzigen Regenten, unserm Könige officiell überreicht und bildete ein gewichtiges Moment für das Gelingen der schwierigen und vielfach in ihren Ausichten schwankenden Arbeiten, die durch das Widerstreben des Königs Wilhelm und durch die bis dahin mangelnde Feststellung der bairischen Erwägungen veranlaßt waren. Der Graf Holnstein hat sich durch diese in einer schlaflosen Woche zurückgelegte doppelte Reise und durch die geschickte Durchführung seines Auftrags in Hohenschwangau ein erhebliches Verdienst um den Abschluß unsrer nationalen Einigung durch Beseitigung der äußern Hindernisse der Kaiserfrage erworben.

Eine neue Schwierigkeit erhob Se. Majestät bei der Formulirung des Kaisertitels, indem er, wenn schon Kaiser, Kaiser von Deutschland heißen wollte. In dieser Phase haben der Kronprinz, der seinen Gedanken an einen König der Deutschen längst<sup>1)</sup> fallen gelassen hatte, und der Großherzog von Baden mich, jeder in seiner Weise, unterstützt, wenn auch keiner von Beiden der zornigen Abneigung des alten Herrn gegen den „Charakter-Major“<sup>2)</sup> offen widersprach. Der Kronprinz unterstützte mich durch passive Assistenz in Gegenwart seines Herrn Vaters und durch gelegentliche kurze Aeußerungen seiner Ansicht, die aber meine Gesichtsposition dem Könige gegenüber nicht stärkten, sondern eher eine verschärfte Reizbarkeit des hohen Herrn zur Folge hatten. Denn der König war noch leichter geneigt, dem Minister, als seinem Herrn Sohne Concessionen zu machen, in gewissenhafter Erinnerung an Verfassungs-

<sup>1)</sup> Seit jenem Ritte vom 2. Sept. und der Auseinandersetzung in Donchery am 3. Sept. — Immerhin verlangte der Kronprinz noch am 6. December nach seinem Tagebuche für das Reichswappen die deutsche Königskrone, wenigstens als „Attribut der Kaiserwürde“.

<sup>2)</sup> S. o. S. 71. 140 f.

eid und Ministerverantwortlichkeit. Meinungsverschiedenheiten mit dem Kronprinzen faßte er von dem Standpunkte des pater familias auf.

In der Schlußberathung am 17. Januar 1871 lehnte er die Bezeichnung Deutscher Kaiser ab und erklärte, er wolle Kaiser von Deutschland oder garnicht Kaiser sein<sup>1)</sup>. Ich hob hervor, wie die adjectivische Form Deutscher Kaiser und die genitivische Kaiser von Deutschland sprachlich und zeitlich verschieden seien. Man hätte Römischer Kaiser, nicht Kaiser von Rom gesagt; der Zar nenne sich nicht Kaiser von Rußland, sondern Russischer, auch „gesammtrussischer“ (wserossiski) Kaiser. Das Letztre bestritt der König mit Schärfe, sich darauf berufend, daß die Rapporte seines russischen Regiments Kaluga stets „pruskomu“ adressirt seien, was er irrthümlich übersezte. Meiner Versicherung, daß die Form der Dativ des Adjectivums sei, schenkte er keinen Glauben und hat sich erst nachher von seiner gewohnten Autorität für russische Sprache, dem Hofrath Schneider, überzeugen lassen. Ich machte ferner geltend, daß unter Friedrich dem Großen und Friedrich Wilhelm II. auf den Thalern Borussorum, nicht Borussiae rex erscheine, daß der Titel Kaiser von Deutschland einen landesherrlichen Anspruch auf die nichtpreussischen Gebiete involvire, den die Fürsten zu bewilligen nicht gemeint wären; daß in dem Schreiben des Königs von Baiern in Anregung gebracht sei, daß „die Ausübung der Präsidialrechte mit Führung des Titels eines Deutschen Kaisers verbunden werde“; endlich daß derselbe Titel auf Vorschlag des Bundesraths in die neue Fassung des Artikel 11 der Verfassung aufgenommen sei.

Die Erörterung ging über auf den Rang zwischen Kaisern und Königen, zwischen Erzherzogen, Großfürsten und preussischen Prinzen. Meine Darlegung, daß den Kaisern im Prinzip ein Vorrang vor Königen nicht ein-

<sup>1)</sup> Man vgl. dazu Kaiser Friedrich's Tagebücher zum 17. Januar 1871, S. 129 ff., Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, S. 483 f.

geräumt werde, fand keinen Glauben, obwohl ich mich darauf berufen konnte, daß Friedrich Wilhelm I. bei einer Zusammenkunft mit Karl VI., der doch dem Kurfürsten von Brandenburg gegenüber die Stellung des Lehns Herrn hatte, als König von Preußen die Gleichheit beanspruchte und durchsetzte, indem man einen Pavillon erbauen ließ, in den die beiden Monarchen von den entgegengesetzten Seiten gleichzeitig eintraten, um einander in der Mitte zu begegnen.

Die Zustimmung, die der Kronprinz zu meiner Ausführung zu erkennen gab, reizte den alten Herrn noch mehr, so daß er auf den Tisch schlagend sagte: „Und wenn es so gewesen wäre, so befehle ich jetzt, wie es sein soll. Die Erzherzoge und Großfürsten haben stets den Vorrang vor den preußischen Prinzen gehabt, und so soll es ferner sein.“ Damit stand er auf, trat an das Fenster, den um den Tisch Sitzenden den Rücken zuwendend. Die Erörterung der Titelfrage kam zu keinem klaren Abschluß; indessen konnte man sich doch für berechtigt halten, die Ceremonie der Kaiserproclamation anzuberaumen, aber der König hatte befohlen, daß nicht von dem Deutschen Kaiser, sondern von dem Kaiser von Deutschland dabei die Rede sei.

Diese Sachlage veranlaßte mich, am folgenden Morgen, vor der Feierlichkeit im Spiegelssaale, den Großherzog von Baden aufzusuchen, als den ersten der anwesenden Fürsten, der voraussichtlich nach Verlesung der Proclamation das Wort nehmen würde, und ihn zu fragen, wie er den neuen Kaiser zu bezeichnen denke. Der Großherzog antwortete: „Als Kaiser von Deutschland, nach Befehl Sr. Majestät.“ Unter den Argumenten, die ich dem Großherzoge dafür geltend machte, daß das abschließende Hoch auf den Kaiser nicht in dieser Form ausgebracht werden könne, war das durchschlagendste meine Berufung auf die Thatsache, daß der künftige Text der Reichsverfassung bereits durch einen Beschluß des Reichstags in Berlin präjudicirt sei. Die in seinen constitutionellen Gedankenkreis fallende Hinweisung auf den Reichstagsbeschluß bewog ihn, den König

noch einmal aufzusuchen. Die Unterredung der beiden Herrn blieb mir unbekannt, und ich war bei Verlesung der Proclamation in Spannung. Der Großherzog wich dadurch aus, daß er ein Hoch weder auf den Deutschen Kaiser, noch auf den Kaiser von Deutschland, sondern auf den Kaiser Wilhelm ausbrachte.

Se. Majestät hatte mir diesen Verlauf so übel genommen, daß er beim Herabtreten von dem erhöhten Stande der Fürsten mich, der ich allein auf dem freien Platze davor stand, ignorirte, an mir vorüberging, um den hinter mir stehenden Generalen die Hand zu bieten<sup>1)</sup>, und in dieser Haltung mehre Tage verharrte, bis allmählig die gegenseitigen Beziehungen wieder in das alte Geleise kamen.

---

<sup>1)</sup> Das bestätigt der dem „Preussischen Staatsanzeiger“ eingesehene Bericht, der zwar von der Umarmung des Kronprinzen, des Großherzogs von Baden und anderer verwandter Fürsten, auch von der Begrüßung der militärischen Deputationen erzählt, aber nichts von einem Dank an den Bundeskanzler.